

Müssen vorausschauender politisieren

Der zweifellos einschneidende Beschluss von National- und Ständerat in dieser Session war die Revision des Raumplanungsgesetzes. Nach der Zweitwohnungsinitiative die Landschaftsinitiative – und nun das revidierte Raumplanungsgesetz. Die Bevormundung der Bergkantone dauert an.

Raumplanungsgesetz: Walliser Rat nach der Tat?

Das revidierte Raumplanungsgesetz sollte ein Gegenvorschlag zur Landschaftsinitiative sein. Doch das Parlament hat zu viel reingepackt: Rückzonung, Mehrwertabgabe und Bauverpflichtung. Zusammen mit der Zweitwohnungsinitiative wird der Spielraum für die Zukunftsplanung unserer Gemeinden viel zu stark eingeschränkt. Zudem muss die Administration für den Vollzug aufgebläht werden. Das Raumplanungsgesetz ist als Gegenentwurf zur Landschaftsinitiative untauglich.

Das Beste ist immer noch, wenn die Kantone die Sache selber in die Hand nehmen. Doch die Welle, die da von aussen auf uns zurollt, wurde verschlafen.

Deshalb braucht es nun das Referendum. Leider! Aber darauf alleine können wir uns nicht verlassen. Die Abstimmung zur Zweitwohnungsinitiative sollte uns ein genügend deutlicher Wink sein, was passieren kann, wenn die bevölkerungsstärkeren Mittellandkantone an die Urne gehen. Ich habe schon mehrmals darauf hingewiesen, dass wir im Parlament nur dann genügend Hebel in der Hand haben, wenn die Hausaufgaben im Kanton gemacht sind. Und wenn auch die anderen Möglichkeiten genutzt werden, wie beispielsweise die Konferenz der Bau- und Planungsdirektoren. Was hier versäumt wird, ist kaum mehr aufzuholen.

Immerhin hat der Nationalrat eine andere Ebene eröffnet, auf der wir Einfluss nehmen können: Einstimmig und gegen dessen Willen hat er dem Bundesrat den Auftrag zu einer Strategie für die Entwicklung der Berggebiete und der ländlichen Räume erteilt. Der Vorstoss stammt von der CVP. Hier haben wir die Chance, uns wieder konstruktiv einzubringen und Versäumtes ein Stück weit aufzuholen.

Lötschberg: Denken in Verbindungen

Hausaufgaben und strategisches Denken braucht es auch bei der Sicherstellung der Verkehrswege am Lötschberg. Hier geht es nicht um die einzelnen Verkehrsträger – Bahn oder Strasse –, sondern um die Verbindung der Landesteile. Die Lötschbergachse inklusive Autoverlad gehört zu den wichtigsten Nord-Süd-Strecken des Landes. Nun soll sie Teil des Nationalstrassennetzes werden. Aber eine Nationalstrasse von Frutigen bis Kandersteg und eine andere von Gampel bis Goppenstein ohne das Verbindungsstück dazwischen – so der Antrag des Bundesrats – macht keinen Sinn. Der Nationalrat sah das genauso. Er hat meinen Vorstoss, auch den Bahnverlad einzubinden, gutgeheissen und gleich in der Nationalstrassenliste verankert. Der Ball liegt nun beim Ständerat.

Aber nicht nur! Widerstand regt sich insbesondere im Kandertal. Hier braucht es nun das Engagement des Kantons Wallis, um die Landsleute auf der anderen Seite des Lötschbergs davon zu überzeugen, dass

ein freier Autoverlad der Entwicklung beider Regionen dient. Auch das ist eine dringend zu erledigende Hausaufgabe.

Grundversorgung: Verfassungsauftrag

Unser Land hat bis heute davon gelebt, dass wir eine solidarische Schweiz haben, dass alle Gebiete unseres Landes gleichberechtigt behandelt werden und dass ein Mindeststandard an Grundinfrastruktur auch im ländlichen Raum und im Berggebiet garantiert wird. Es ist wichtig, dass dieses Modell, das auch in Zukunft für den Erfolg unseres Landes verantwortlich sein wird, in der Bundesverfassung verankert ist. Schon vor einiger Zeit kam daher aus CVP-Kreisen der Anstoss dazu. Der Bundesrat wollte diesen Vorstoss nun abschreiben, doch dagegen habe ich mich erfolgreich zur Wehr gesetzt. Der Nationalrat folgte meinem Antrag und beharrte auf dem Verfassungsartikel. Er hat sich damit klar zu einer landesweiten Grundversorgung bekannt.

Postinitiative: Dienstleistung zählt

Eine Verankerung der Grund-

versorgung in der Bundesverfassung soll helfen, dass nicht immer wieder bei jedem Einzelgesetz darum gekämpft werden muss. Wie zum Beispiel bei der Postversorgung. Nach langen Debatten haben wir in den letzten Sessionen im Postgesetz die Dienstleistungen flächendeckend garantiert. Auf diese allein kommt es an, nicht darauf, ob sie über ein teures Netz von reinen Postfilialen erbracht werden, oder ob auch Lebensmittelläden, Kioske oder ähnliche geeignete Stellen zur Grundversorgung beitragen können. In diesem Sinne geht die Postinitiative, die jetzt zur Diskussion stand, zu weit. Sie verlangt ein reines Poststellennetz. Das ist zu teuer. Der Nationalrat hat die Initiative daher abgelehnt.



Viola Amherd
Nationalrätin